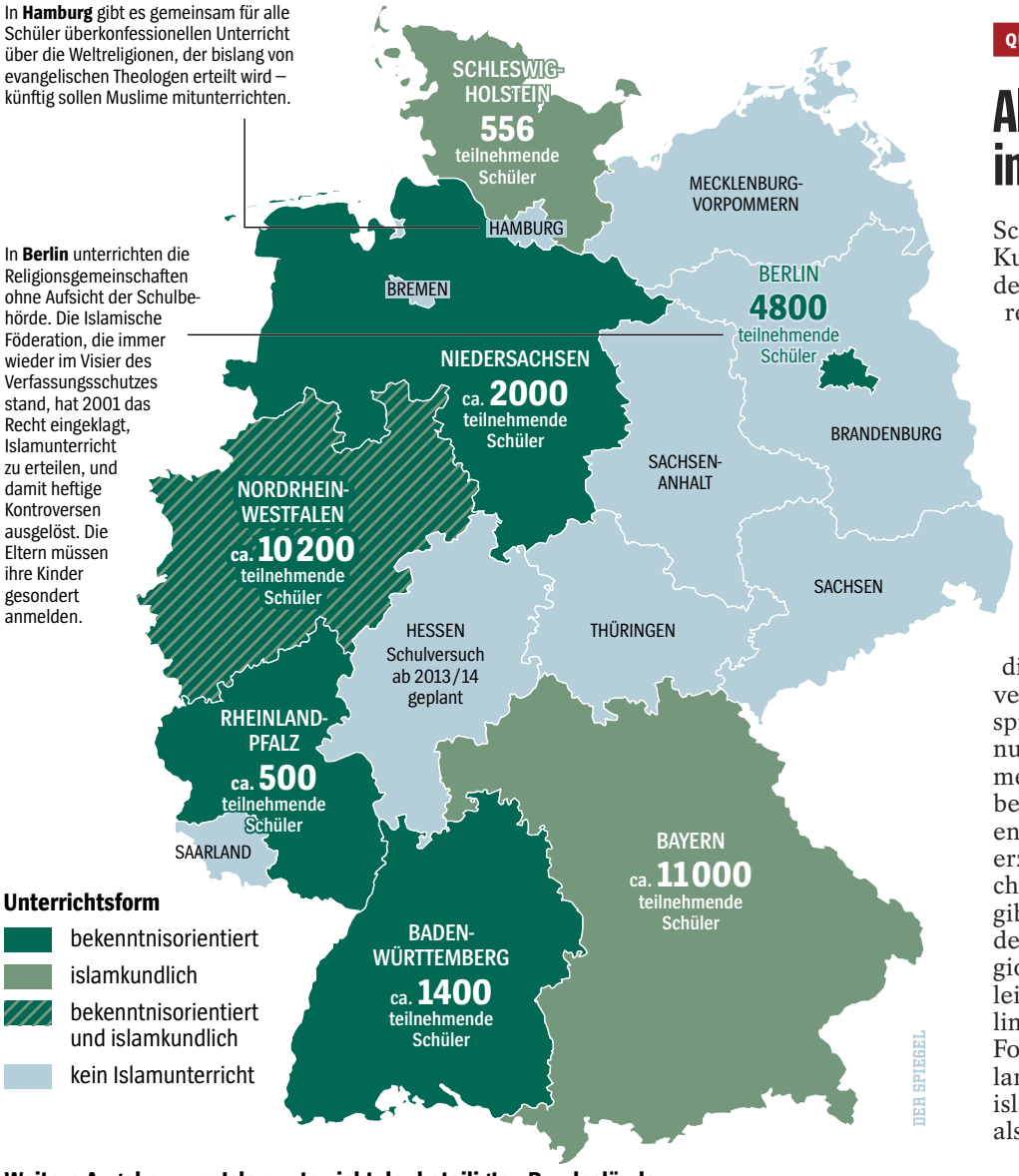

QUERSCHNITT

Allahs langsamer Weg in die Schulen

Schon 1979 plante ein deutscher Kultusminister, Islamunterricht an deutschen Grundschulen einzuführen. Die Kinder der Gastarbeiter sollten in nordrhein-westfälischen Klassenzimmern über ihre und andere Religionen lernen, nicht in Hinterhofmoscheen.

Kaum ein schulpolitisches Projekt wurde danach länger diskutiert, unter anderem, weil der Islam keine hierarchische Struktur kennt. Die deutschen Behörden wollten die muslimischen Verbände unterschiedlicher Strömungen, die ihr Wirken oft auch politisch verstehen, zunächst nicht als Ansprechpartner akzeptieren. Doch nur mit Glaubensvertretern zusammen konnten Kultusbehörden den bekenntnisorientierten Unterricht entwickeln, der zum Glauben hin erziehen soll und den es auch für christliche und jüdische Schüler gibt. Islamkundlicher Unterricht, der Informationen über die Religion vermittelt, kann vom Staat allein konzipiert werden, viele muslimische Eltern akzeptieren diese Form aber nicht als vollwertig. Bislang gibt es in keinem Bundesland islamische Religion flächendeckend als ordentliches Schulfach.

Weitere Angaben zum Islamunterricht der beteiligten Bundesländer

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein
Einführung des Islamunterrichts	Schulversuch seit 2006/07	Modellversuch seit 2009/10 „Erlanger Modell“	seit 2001	Schulversuch seit 2003, ordentliches Lehrfach ab 2013/14 geplant	Schulversuch seit 1999, seit 2012/13 zusätzlich ordentliches Lehrfach an 44 Schulen	Modellversuch seit 2004/05	Schulversuch seit 2007/08
Gesamtzahl muslimischer Schüler*	ca. 75 000	ca. 110 000	keine Angabe	ca. 49 000	ca. 320 000	ca. 29 000	keine Angabe

* Schätzungen; Quelle: Angaben der Bundesländer

DAVID EBENER / DPA

AKW Grafenrheinfeld

ENERGIEWENDE

Brief gegen Blackout

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) bekommt Druck von seinem bayerischen Amtskollegen Marcel Huber (CSU). Huber wirft Altmaier in einem Brief vor, die Gefahr eines Blackouts in Bayern hinzunehmen und damit die Akzeptanz der Energiewende aufs Spiel zu setzen. In Bayern ist der Anteil vom Atomstrom besonders hoch, schon 2015 wird das AKW Grafenrheinfeld abgeschaltet – dann könnten im Freistaat die Lichter ausgehen, warnt Huber. Die Untätigkeit des Bundes bereite ihm „erhebliche Sorgen“. So sei Altmaiers Vorschlag einer „strategischen Reserve“ aus Gaskraftwerken, die neu gebaut werden müssten, weit von einer Realisierung entfernt. Altmaier müsse daher auch auf den mitzuständigen Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) einwirken.